

Ansprache von Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff in der jüdischen Gemeinde 17.10.2019

Es gilt das gesprochene Wort.

Liebe Bremerinnen und Bremer,
liebe Anwesende,
ich freue mich sehr über jeden Einzelnen von Ihnen, der heute hierher gekommen ist!
Sie zeigen damit Ihre Solidarität, Ihr Mitgefühl, und das ist wichtig!
Ich würde mir wünschen, dass ganz Bremen hier heute zusammenstehen würde, denn es geht darum, dass wir uns vor und hinter unsere jüdische Gemeinde stellen! Es geht darum, dass wir gegen Extremismus und gegen Fremdenfeindlichkeit in unserem Land stehen!
Ich bin mir aber sicher, in Gedanken sind die allermeisten Bremerinnen und Bremer jetzt auch bei uns.

Liebe Frau Noa,
lieber Herr Landesrabbiner Teitelbaum,
liebe Gemeinde,
ich danke Ihnen, dass Sie uns heute zum Gebet eingeladen haben,
dass Sie uns heute Ihre Türen öffnen.

Ich selbst bin immer noch fassungslos, dass ein
schwerbewaffneter Mann in Halle die jüdische Gemeinde stürmen wollte, um ein Blutbad
anzurichten. Ein Massaker. Nach 1945! Nach unserer Geschichte!
Unfassbar!

Nie wieder – DAS haben wir versprochen, denn jüdisches Leben gehört zu Deutschland,
gehört zu Bremen. Das ist für mich und das muss für uns alle etwas ganz Selbstverständliches
in unserem Land sein.

Leider aber ist das Gegenteil der Fall. Der Antisemitismus in Deutschland (so muss man
heute wohl feststellen) war nie ganz weg und er wächst anscheinend, denn er wird immer
offener gezeigt.

Die Bundesregierung hat deswegen seit einem Jahr einen Antisemitismus-Beauftragten, und
das hat Gründe:

Die Zahl der antisemitischen Straftaten in Deutschland hat um 20 Prozent zugenommen –
innerhalb von nur einem Jahr.

Es gibt Rabbis in unserem Land, die keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen, weil sie die Anfeindungen nicht mehr aushalten!

Der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben (so der offizielle Titel) hat schon im Frühjahr davor gewarnt, in Deutschland überall die Kippa zu tragen, weil es nach seinen Erfahrungen nicht mehr sicher ist.

Mich hat diese Äußerung schockiert. Wir müssen doch alles daransetzen, dass überall die Kippa offen getragen werden kann! Wir dürfen dem Antisemitismus keinen Millimeter Raum geben! Nicht privat, nicht bei der Arbeit und schon gar nicht im öffentlichen Raum. Darauf müssen sich die Jüdinnen und Juden in Deutschland verlassen dürfen.

Laut Auskunft des Innensensors gab es in den letzten Jahren in Bremen keine unmittelbaren Angriffe gegen Leib und Leben in Bremen ansässiger Jüdinnen und Juden. Aber antisemitische Schmierereien und Sachbeschädigungen – mindestens jeden Monat einmal: Schmierereien an Wänden, umgeworfene Grabsteine auf dem jüdischen Friedhof... Ich frage mich: Werden das Umfeld und der Nährboden für diese antisemitischen Anfeindungen hinreichend aufgeklärt, um, dort wo es erkannt wird, solche Straftaten zu verhindern?

Was machen die Sozialen Medien? Begünstigen oder verstärken sie antisemitische Haltungen?

Liebe Bremerinnen und Bremer,
leider muss es so sein, dass wir Sicherheitsschleusen vor Synagogen haben. Verriegelte Türen. Ein Hochsicherheitstrakt – auch zum Schutz für jüdische Kindergärten. Was macht das wohl mit Kindern, wenn sie von klein auf lernen, dass sie besonders geschützt werden müssen?

Mir kommt das selbst oft beklemmend vor, aber in Halle hat es Leben gerettet.

Unvorstellbar, was passiert wäre, wenn diese Tür an der Synagoge in Halle *nicht* gehalten hätte. Nur dank dieser Tür hat es kein Blutbad gegeben! Kein Massaker!
Welch ein Glück!

Dennoch wird dieser Jom Kippur für immer ein Trauma bleiben. Wenn sich eine Gemeinde verbarrikadieren muss, weil unten ein Mann in Kampfmontur versucht, die Tür aufzuschließen, beobachtet durch die Videokamera, was ist das für ein furchtbarer Alptraum! Auch weil es am höchsten jüdischen Feiertag – am Versöhnungstag – keine Polizei an der Synagoge gegeben hat.

Ich kann Ihnen sagen, dass ich inzwischen ganz anders durch diese Sicherheitsanlagen gehe, es anders sehe, wenn Polizisten diese Synagoge schützen.

Doch bei allen Sicherheitsvorkehrungen hat es trotzdem Opfer gegeben:

In Halle sind einige Menschen verletzt und zwei Menschen ermordet worden, weil sie zur falschen Zeit am falschen Ort waren. Zufällig! Willkürlich! Wahllos!
Das ist erschreckend und einfach nur widerlich!

Unsere Gedanken sind heute Abend auch bei ihnen und bei ihren Familien, in die solch unvorstellbares Leid getragen wurde.

Meine Damen und Herren,

jetzt hat es Halle getroffen – aber es hätte auch eine andere Stadt, es hätte auch Bremen treffen können.

Auch hier, bei uns, hätte sich ein Täter vom Sofa aus im Internet radikalieren können, sich eine Waffe mit einem Drucker bauen und losziehen können...

Das Netz, das Internet, das Dark Net, Social Media, das sind inzwischen die Orte, an denen es beginnt. Hier radikalieren sich die Menschen. Hier stacheln sich viele an. Hier wächst der Hass, und von der Hetze, die weitverbreitet wird, bleibt ganz sicher auch irgendwo etwas hängen. Die Hemmschwelle sinkt damit immer weiter.

Liebe Anwesende,

ich möchte noch einmal unser Grundgesetz und den Artikel 1 in Erinnerung rufen. Darin heißt es nämlich:

„Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“

Das gilt auch für die Welt im Netz.

Deswegen darf das Internet kein rechtsfreier Raum sein, und ich erwarte, dass wir in Politik, aber auch in der Gesellschaft gegen diesen Hass und diese Hetze vorgehen.

Lieber Bremerinnen und Bremer,
ich halte es für sinnvoll, dass auch Bremen einen eigenen Antisemitismus-Beauftragten einführt. Niedersachsen hat das in dieser Woche beschlossen. Viele andere Länder haben schon eine solche Position. Ich glaube, das wäre ein gutes Zeichen, dass wir – nach Halle – nicht einfach so zur Tagesordnung übergehen, dass es einen Ansprechpartner gibt, der nach innen und außen wirkt, der mahnt und begleitet!
Denn jüdisches Leben in Deutschland darf nicht nur hinter Riegeln und Türen stattfinden.

Die jüdische Gemeinde muss wissen: Bremen steht zu Ihnen!

Die Antwort auf die Bedrohung von rechts muss vielfältig sein, denn jeder Angriff ist ein Sprengsatz für unser Zusammenleben. Auch unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, unsere Demokratie, unsere Gesellschaft sind bedroht, denn dieser Terror betrifft am Ende jeden Einzelnen von uns – in unserer Menschenwürde und in der der Art, wie wir zusammenleben.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch einmal zu denken geben:

Es ist nicht der Antisemitismus allein, sondern es ist auch offen geäußertes und ausgetragener Fremdenhass, und es ist auch der erstarkende Rechtsextremismus in Deutschland – immer wieder äußert er sich auch in gewaltsamen Aktionen und Angriffen gegen jüdische Gemeinden.

Aber auch islamistische Extremisten bedrohen unsere Gesellschaft und wenden sich offen gegen jüdische Mitbewohnerinnen und Mitbewohner. Der Nahostkonflikt wird inzwischen auch hier in Deutschland und in Bremen ausgetragen.

Dieser Bedrohung in ihren unterschiedlichsten Facetten müssen wir uns entgegenstellen.

Ich möchte noch etwas deutlich sagen:

Antisemitismus und Fremdenhass haben eine Heimat in der Politik und die ist im rechten Milieu zu finden.

Das vom rechten Rand versprühte Gift hat in Halle seine Wirkung gezeigt.

Es hat die Grenze des Sagbaren immer weiter verschoben. Was vor Jahren nicht oder nur hinter vorgehaltener Hand gesagt wurde, wird – wieder – offen ausgesprochen, und das führt jetzt zu solchen Taten.

Es fängt im Kleinen an: mit Worten, mit einem dummen Witz, es folgen Schimpfworte, dann kommen Bedrohungen und Ausgrenzung, und am Ende steht die Tat. Deshalb gilt: Jeder Übergriff muss geahndet werden.

Auch das fängt im Kleinen an. Bei Ihnen und bei mir. Ich bitte Sie deshalb alle, bei dummen Witzen aufzustehen, „Stopp!“ zu sagen. Auch im Netz! Auf Social Media! Hetze und Hass dürfen wir nicht einfach so stehen lassen.

Wir alle sind deshalb gefordert, Antisemitismus und Hass den Nährboden zu entziehen. Das gilt für Sie und für mich – für jeden von uns. Das gilt online und im echten Leben: in Schulen, beim Bäcker, auf Facebook, im Verein, abends in der Kneipe und auch in unseren Parlamenten.

Immer!

Lassen Sie uns alle gemeinsam mit Achtung für unser Gegenüber zusammenleben!

Ich danke Ihnen!

Shalom!